

# Saale-Zeitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werben die ogepaltenen Anzeigen...  
Schriftleitung und Druck-Geschäfts-  
Belle: Halle, Gr. Braunschweig 17  
Verantwortlicher Redakteur: ...

Bezugspreis

Die Halle monatlich bei postoffener  
Lieferung 1.10 Mk., vierteljährlich  
3.30 Mk., durch die Post 3.25 Mk.  
auschl. Postgebühren.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im einzelnen Zeitungs-Verzeichnis  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für auswärts eingehende Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe  
„Saale-Zeitung“ gestattet.  
Verleger der Schriftleitung Str. 11/10  
der Kegelstein-Abteilung Str. 11/2  
der Saale-Abteilung Str. 11/31  
Postfachnummer Leipzig 4600.

Nr. 30.

Halle, Donnerstag, den 18. Januar

1917.

## Ueberreichung der Entente-Antwort an die Neutralen.

### Kriegswirtschaft und staatliches Getreidemonopol.

Von Professor Dr. Doormann, M. d. R.

Heute begegnet man vielfach der Auffassung, als ob die Bedeutung der Landwirtschaft erst in diesem Krieg recht erkannt worden sei, was soviel heißen soll, als daß sie früher erkannt worden wäre. Manche Leute scheinen sich sogar gang und gäbe über diese vermeintliche Vertiefung und Läuterung des Urteils zu freuen. Die Meisten haben aber offenbar eine neue Epoche staatlicher Förderung der Landwirtschaft im Auge, auf die sie sich nicht mit Sicherheit rechnen, auf die sie aber hinarbeiten, wenn sie es eifrig die Rolle bezeichnen, die die Landwirtschaft im Kriege spielt. Und soviel ist ja richtig; wir haben durch die Erfahrungen der Kriegszeit vielfach gelernt und manches hinfühleren müssen, auch hinsichtlich der Landwirtschaft. Daß sich jedoch dieser Zuwachs an Erkenntnis auf die Aufgaben bezogen hätte, die sie im ganzen des Volkswirtschaftlichen Prozesses besonders auch unter freihändigen Verhältnissen zu erfüllen, und daß diese Aufgabe nicht oder nicht genügend gewürdigt worden ist, ist einfach nicht wahr. Hier spukt anscheinend in den Köpfen noch immer die von Demagogen überlieferte Geschichte der „Vorfälle von den Feinden der Landwirtschaft“, die mit ihrem ganzen Sinnen und Trachten auf den Ruin des verhassten Gewerbes ausgehen und natürlich ein Interesse daran haben, es überall nach Kräften zu diskreditieren. Selbstverständlich hat es nie und nirgends solche Feinde gegeben. So richtig ist kein Mensch mit lebenden Augen, mag er aus einem Willen kommen, aus welchem er will, und im richtigen Denken pflegen, welche er will, daß er dies nicht hätte, warum die Bedeutung des Ackerbaus für die gesamte Volkswirtschaft wohl eine andere, aber nie eine geringere werden kann. Und so albern ist auch niemand, daß er aus völlig unmotivierter und darum unbegründeter Feindschaft gegen einen Gewerbszweig etwas unternimmt, was er am letzten Ende selbst mit ausbaden muß. Mit dieser Begriffe sollte man sich nicht machen und sich lieber auf konkrete Erfahrungen und Zukunftstragen beschränken, die nicht nur in der Einbildung bestehen und engerer Ermüdung wert sind, um deren Prüfung wir jedenfalls nicht herumkommen werden.

Wir nennen als wichtigste die Frage des staatlichen Getreidemonopols. Dabei sind wir freilich darauf gefaßt, wiederum Mißverständnisse oder Entstellungen zu begegnen. Mein man darf die Sache nicht so laxen lassen wie sie wird, oder wie vielmehr diejenigen wollen, die in ihr das Alibi-Mittel für alle gegenwärtige und zukünftige Not in den Händen zu halten glauben. Es gibt nämlich Leute, die allen Quarks überzeugt sind, daß der Krieg auf diesem Gebiet ein zwar tiefpfeiliger, aber trefflicher Lehrmeister gewesen ist. Für die erforderliche Verbesserung der Produktionsbedingungen, den Produktionsfonds, wie man auch sagt, konnte man bis dahin nur das große Mittel, die Agrarpolitik. Dieses Mittel wurde einfach bemängelt und auch von seinen eifrigsten Befürwortern hielt es wohl keiner für ideal. Jetzt hat der Krieg uns, so sagt man, zu einem großen Experiment gezwungen, das wir unter anderen Verhältnissen nie gemacht haben würden. Und dabei hat sich ergeben, daß es noch einen zweiten leistungsfähigen Produktionsfonds für die Landwirtschaft gibt: das Staatsmonopol in Getreide.

Von agrarischer Seite wird schon seit längerer Zeit und mit auffälliger Eifer auf den Antrag Kantig hingebeutet, als ob heute die außerordentlichen Verhältnisse des Weltkrieges die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines Planes erwiesen hätten und von Tag zu Tag mehr erwiesen, den man vor 20 Jahren aus Unverstand oder aus jener Feindschaft von der oben die Rede war, abgelehnt hätte. So liegt die Sache nicht. Graf Kantig wollte nur Einfuhr und Verkauf des Importgetreides mit Einfuhr der Mühlenfahrzeuge dem Staat übertragen und dadurch den inländischen Getreidepreis in auskömmlicher Höhe halten. Da die Getreide-Einfuhr aufgehört hat, würde die ganze Tätigkeit, die dem Staat zugebracht war, unmöglich sein und damit zugleich auch die Stabilisierung der Preise in Bezug kommen. Was der Plan des Grafen Kantig in diesem Kriege hätte leisten sollen, ist demnach schlechterdings nicht einzusehen. Was geschaffen worden ist: die Zentralisierung des gesamten Getreideverkehrs, des inländischen wie des ausländischen, die Beschlagnahme, die Festsetzung der Uebernahmepreise und dann die Verteilung, geht viel weiter, es ist ein vollständiges oder nahezu vollständiges Getreidemonopol des Staates. Wenn die Erfahrungen der Kriegszeit etwas beweisen, so kann es nur für dieses Getreidemonopol gelten.

Natürlich ist es sehr weit davon entfernt, überall zu vertrieben. Ganz im Gegenteil, die meisten Stimmen, die laut werden, befragen die Ausföhrung des regulären Handels, der alles viel besser gemacht haben würde als die staatlichen oder halbstaatlichen Kriegsgewinnorganisationen. Ob dies richtig

WTE. Paris, 17. Jan. Saasomeldung. Ministerpräsident Briand hat heute den Gesandten der Schweiz, Schwedens, Dänemarks und Norwegens die Antwort der Regierungen der Alliierten auf die Mitteilungen überreicht, die die Schweiz am 22. Dezember und die Skandinavischen Staaten am 29. Dezember an sie gerichtet hatten, um sich dem Erlaß von Willens auszusprechen des Friedens anzuschließen. Die Antwort bezieht sich darauf, auf die Entwürfe der Alliierten und Belgians an Willor vom 10. Januar zu erinnern, in der die Gründe auseinandergelegt sind, aus denen die Alliierten glauben, daß es ihnen nicht möglich ist, auf die ihnen ausgesprochenen Wünsche einzugehen.

### Umfeldlicher Bericht der Seeresleitung.

#### Ein englischer „Luftstoß“ an der Somme.

WTE. Großes Hauptquartier, 18. Januar. Weisiger Kriegsstaab. Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern.

An eine englische Sprengung bei Doos schlossen sich kurze Kämpfe an, bei denen vordringender Feind in erbittertem Nahkampf schnell wieder zurückgeworfen wurde.

In der Nacht vom 12. zum 13. Januar wurden nach den Aussagen der Seeresgruppe planmäßig und unbedeutend vom Feinde geräumt. Seitdem lag täglich schwerer Feuer auf den verlassenen leeren Gräben. Gestern erfolgte hiergegen von den uns erwartete englische Luftstoß, welcher dem Angreifer schwere Verluste brachte.

#### Deutscher Kriegsausgleich.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. In vielen Abschnitten des Frontenlehre die beiderseitige Aktivität ist bei klarer Sicht merklich auf. Nördlich Kraich in drangen russische Stütztruppen mit schwacher Ueberlegenheit in eine vorgeschobene Stellung vor. Die Feldwachestellung ist wieder in unterm Befehl. An anderen Stellen wurden Jagd-Kommandos und Patrouillen abgewiesen.

Front des Generaloberst Erzherzog Josef. Während südlich der Ditzo-Strasse ein von starken russischen Kräften unternommener Angriff in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zu sammenbrach, gelang es uns durch überlegenem Vorstoß zwischen Sufita und Putna-Tal, einen Divizion, 230 Gefangene und ein Maschinengewehr aus den feindlichen Stellungen zu holen.

#### Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

In der Dobrudsha werden seit einigen Tagen Tulcea und Jaccia von russischer Artillerie beschossen. Mehrere Einwohner, vor allem Frauen und Kinder, sind getötet.

#### Mazedonische Front.

Verzweigte geringe Gefechtsstärke. Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

#### Griechenland unterwirft sich den Entente-Forderungen.

WTE. Berlin, 17. Januar. Wie „Secolo“ aus Athen meldet, überreichte die griechische Regierung den Vertretern der Entente eine Erklärungsnote, wodurch das Ultimatum vollständig angenommen wird. Die Ausführung der Forderungen der Entente soll sofort beginnen.

WTE. Paris, 17. Januar. (Agence Havas.) Die Gesandten der Entente trafen am 13. Januar eine neue Note an die griechische Regierung, in welcher die alliierten Regierungen die griechische Regierung wissen lassen, daß die alliierten Regierungen zwar Kenntnis nehmen von der Zustimmung der griechischen Regierung zu den durch die Note vom 6. Januar geforderten militärischen Maßnahmen, daß sie aber die Antwort auf einzelne Forderungen der Note vom 31. Dezember nicht annehmen könnten vor Klärstellung folgender Punkte:

1. Könnten die Alliierten keine Einschränkung der griechischen Regierung bezüglich der Kontrolle durch die Alliierten zulassen;
  2. beständen die Alliierten auf der sofortigen und bedingungslosen Freilassung der aus politischen Gründen in Haft genommenen Personen;
  3. könnten sich die Alliierten nicht darauf festlegen lassen, daß die zu bewilligten Entscheidungen nach den Bestimmungen der griechischen Regierung festgelegt würden. Die Blatte wurde erst aufgehoben werden können nach Annahme aller Forderungen der Alliierten.
- Die griechische Regierung antwortete, sie habe nicht die Absicht, Einschränkungen bei der Annahme der von den Alliierten festgesetzten Bedingungen vorzunehmen. Sie stimme auch den in der Note dargelegten Einzelheiten zu und nehme Kenntnis von der Erklärung der Alliierten über die Aufhebung der Notlage.

ist, wer will es entscheiden? Man darf nicht nach subjektiven Erfahrungen und Eindrücken beurteilen. Gewiss fand der Staat mit völlig ungeübten Kräften vor einer ungewohnten Aufgabe. Aber auch für den Handel würde das letztere genau so zusetzen haben. Denn nie, so lange es eine planmäßige Getreideversorgung gibt, die stets dem Handel oblag, ist ein großes Bedarfsgebiet so schnell und so gründlich seiner gewohnten ausländischen Zufuhrquellen beraubt und ausschließlich wieder auf die heimische Produktion verwiesen worden wie jetzt. Für die wertvollste Fähigkeit des freien Handels, neue Bezugsquellen zu erschließen, alt reichlicher fließen zu lassen, gab und gibt es heute schlechterdings keine Verwendung. So leicht lassen wir uns also nicht überzeugen, daß, weil es der Staat nicht gut macht, der freie Handel es besser gemacht haben würde. Es war auch manches andere zu bedenken, worüber später Zeit sein wird sich auszusprechen.

Weil aber die Unzufriedenheit so groß ist und sich wenigstens teilweise mit ungewisshafte Angst gegen die Einrichtungen der Kriegswirtschaft wendet, so vermag heute noch niemand zu sagen, was zweckmäßigweise von ihnen in die Friedenszeit übernommen werden soll. Wir hoffen, daß es so wenig wie möglich und dies Wenige nur erprobt gutes sein wird. Denn so übertrieben vielfach die Beschwerden sein mögen, weil sie nicht auseinander halten, was den schwierigen Umständen und was der mangelhaften Organisation zur Last fällt; im Frieden und bauernd möchten wir, was es kurz zu sagen, dieser Unsumme von aktiven und passiven Verletzungen gegen klare und unumstößliche Anforderungen der leitenden Stellen nicht begnügen. In mancher Beziehung würde die Situation dann freilich erleichtert sein. Aber was die vorerwähnte Maßnahme betrifft der Behörden, unterwirft sich durch die gefürchtete Machtlosigkeit des öffentlichen Bewusstseins nicht zu verhindern vermöchte, wird sich so ungewisser in normalen Zeiten leicht machen. Das man dazu erst die Gelegenheit gibt und dann mit Zwangsmitteln einsetzt, erscheint uns als Friedensentrichtung wenig nützlich.

Die deutschen Getreidehändler sind beunruhigt, weil Unterstaatssekretär Dr. Michaelis nicht nur die Reichsgetreidelei geleitet, sondern auch angeordnet haben soll, sie werde noch auf Jahre hinaus nach dem Friedensschluß beibehalten werden müssen und mit Rücksicht auf den Finanzbedarf vielleicht das Getreidemonopol zur dauernden Einrichtung werden. Ob dies die Meinung des Leiters der Reichsgetreidelei ist, wissen wir nicht. Einerlei aber, ob die genannte Stelle das Sola neherübernimmt, daß sie nicht mit dem Tage des Friedensschlusses von der Bildhülle verschwinde, kann, sieht jedermann ein. Der Frieden wird durch kein bloßes Scheitern, so hoffen wir, manche Spannung lösen und willkommene fühlbare Erleichterung schaffen, oder etwas Bedeutendes wird sich in allem, was mit der Volksernährung zusammenhängt, mit ihm nicht ändern, und noch viel weniger wird alles mit einem Schlag wieder normal. Erst allmählich wird das bis in sein innerstes Mark erschütterte Wirtschaftsleben die alten Bedingungen und dann auch die alten Einrichtungen und damit das alte Aussehen wiedergewinnen. Ob dies länger oder längere Zeit dauern wird, kann heute niemand wissen.

Was wir über ein Reichsgetreidemonopol denken, haben wir oben bereits gesagt. Träfe aber auch keines jener Bedenken zu, die dagegen sprechen, ließen sich alle Schwierigkeiten überwinden: um des finanziellen Ertrages für die Reichsstaatskasse wird es niemand einfallen. Das wäre die ungeeignete Stelle und das ungeeignete Verfahren für eine unrichtige Finanzpolitik, als sich denken ließe. Mit den Staatsmonopolen und ihrer Preisbildung verbindet sich ohnehin stets der unangenehme Beigeschmack des Politischen. Dies läßt sich ertragen, wo es sich um Gegenstände und Leistungen des gelegentlichen Bedarfs oder des mittelbaren Verbrauchs handelt. Daß es bei Brot und Weizen untraglich und im höchsten Grade gefährlich sein würde, bedarf für uns keines Beweises. Und deshalb bebauen wir, wenn jemand mit einem derartigen Gedanken auch nur spielt, daß es nicht unterlassen kann, Projekte zu erörtern und in die Welt zu setzen, der man keinen Schaffins leben, auf welchem Felde er immer will, dieses läßt er heller in Ruhe. Wir würden es noch mehr bebauen, wenn für den Gedanken, wie es den Anschein hat, demnach agitiert werden würde. Noch sind wir nicht so weit, daß wir uns solche politischen Extravaganzen ohne Schaden gestatten können.

Prof. Doormann hat durchaus recht in allem, was er gegen ein Getreidemonopol sagt. Wir haben unten den Standpunkt zur Monopolfrage ja schon früher gekennzeichnet. Jedes Staatsmonopol ist eine Unterbindung der wirtschaftlichen Initiative und als solche gefährlich, der Staat wirtschaftet teurer als jeder Privatunternehmer und endlich: bei voll entwickelten Erwerbszweigen wird der finanzielle Ertrag durch die Abhängen und Entschädigungsansprüche derart belagert, daß er ohne Verzerrung der Produkte keine erhebliche Einnahmequelle mehr verprieht.

